Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

116 (20.5.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 116 — Freitag, den 20. Mai 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Das Reichskabinett ist am Donnerstag nachmittag zur Fortführung seiner Beratungen wieder zusammengetreten.

*

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat beim Reichstagspräsidium erneut die Einberufung des Reichstages zum 24. Mai beantragt, obwohl erst gestern ein gleicher kommunistischer Antrag abgelehnt wurde.

*

Auf dem Verbandstag der Westfälischen Genossenschaften sprach Reichsernährungsminister Dr. Schiele über aktuelle Landwirtschaftsfragen.

*

In der Danzig-polnischen Streitfrage über den Kontingentverkehr ist es zwischen den Parteien zu einer Einigung gekommen, der der Völkerbundsrat zugestimmt hat.

*

Der belgische König hat den bisherigen Ministerpräsidenten Renkin mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

*

Do. X" ist in Amerika zum Rückflug nach Europa gestartet.

*

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, steht im Zusammenhang mit der am Mittwoch erfolgten Erklärung, daß das Belastungsmaterial gegen Schulrat Meyer und den Reichsdeutschen Becker nicht ausreiche, eine völlige Niederschlagung der Anklage des Landesverrats bevor.

*

Der neuernannte Gouverneur des Memelgebietes, Gyls, gab in Kowno vor seiner Abreise nach Memel Pressevertretern die Erklärung ab, daß es seine Aufgabe sei, an der Wiederherstellung ungetrübter Beziehungen zwischen Litauen und Deutschland nach Kräften zu arbeiten. Das Memelgebiet müsse dabei die verbindende Brücke sein.

*

Die erneut in Bukarest aufgenommenen Verhandlungen über die Ingangsetzung des deutsch-rumänischen Vorzugszollvertrags sind wieder ergebnislos verlaufen, obwohl Deutschland bis an die Grenze des Tragbaren gegangen ist.

Die Beratungen des Reichskabinetts

T.U. **Berlin**, 19. Mai. Das Reichskabinett setzte am Donnerstag nachmittag seine Beratungen über die Finanz-, Wirtschafts- und sozialen Fragen weiter fort. Die Beratungen wurden nach kurzer Zeit abgebrochen, um am Freitag abend um 9 Uhr fortgesetzt zu werden. In unterrichteten Kreisen rechnet man nunmehr damit, daß die Gesamtberatungen des Reichskabinetts Mitte bis Ende der nächsten Woche abgeschlossen sind, da nach der Vereinigung der mit den sozialen Haushalten zusammenhängenden Fragen die Klärung der weiteren Fragen des Reichshaushaltes und der Arbeitsbeschaffung verhältnismäßig schnell vonstatten gehen dürfte.

Es dürfte nunmehr feststehen, daß eine Vereinheitlichung der Arbeitslosenfürsorge nicht erfolgt. Es dürfte lediglich eine gewisse Angleichung der Krisenfürsorge an die Arbeitslosenversicherung erfolgen, und zwar dürfte sich bei beiden die Notwendigkeit herausgestellt haben, die Unterstützungsdauer zu verkürzen. Es scheint an eine Herabsetzung der Unterstützungsdauer auf je 16, nach anderer Lesart auf je 13 Wochen gedacht zu sein. Zum Ausgleich der Fehlbeträge in den Gemeindehaushalten dürfte man weiter an die Beibehaltung der Bürgersteuer denken, um die Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen sicherzustellen. An weiteren Maßnahmen zur Ausgleichung der Sozialhaushalte dürfte an eine Kürzung der Invalidenrenten und in Einbeziehung sämtlicher Festbesoldeten also auch der Beamten in die Krisensteuer gedacht sein. Eine Entscheidung ist jedoch in allen diesen Fragen noch nicht gefallen. Fest steht lediglich, daß die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung für die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge abgelehnt worden ist.

In politischen Kreisen rechnet man damit, daß das Kabinett den Haushalt Ende nächster Woche dem Reichsrat zuleiten wird, der ihn dann voraussichtlich um den 10. Juni herum an den Reichstag weiterleiten dürfte.

Nach Abschluß der Kabinettsberatungen wird der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Bericht erstatten. Bis zu diesem Zeitpunkt sind auch anscheinend alle Personalfragen des Kabinetts vertagt. Man rechnet nunmehr in politischen Kreisen damit, daß das Reichswehrministerium kommissarisch mit General von Schleicher und das Reichswirtschaftsministerium kommissarisch mit Dr. Goerdeler besetzt wird. Es scheint nicht ausgeschlossen zu sein, daß alle Fragen der Kabinettsumbildung bis nach Abschluß der Konferenz von Lausanne vertagt werden.

Schiele über aktuelle Landwirtschaftsfragen

Münster, 19. Mai. Auf dem Verbandstag der westfälischen Genossenschaftn sprach Reichsernährungsminister Dr. Schiele, wobei er insbesondere die Lage am deutschen und internationalen **Buttermarkt** erörterte. Er betonte die Notwendigkeit eines starken Schutzes der deutschen Milchwirtschaft im Interesse der Landwirtschaft, der Siedlungstätigkeit, sowie der Erschließung des Binnenmarktes für die deutsche Industrie. Die katastrophale Verringerung der Einnahmen der gesamten deutschen Landwirtschaft führte der Minister im wesentlichen auf vier Ursachen zurück: 1. Ungenügende Schutzmaßnahmen für die Erzeugung; 2. Unvollkommenheit der Formen, in denen sich der Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse vollzieht; 3. das Fehlen einer weitgehenden Planung der Produktion im Innern und 4. die starke Kaufkraftsenkung infolge der ungeheuren Zahl von annähernd sechs Millionen Arbeitslosen. Das Beispiel des Buttermarktes beweise freilich, daß die Bedeutung der Kaufkraft für die Preisbildung auch nicht überschätzt werden dürfe. Am Buttermarkt sei noch immer die Einfuhr und nicht die Kaufkraft entscheidend für den Preis. Wie beim Getreidemarkt müsse eine Distanzierung des deutschen vom Weltbuttermarkt angestrebt werden. Die letzte Butterzollerhöhung habe dieses Ziel erfolgt. Unverständlich sei gegenwärtig die Haltung von Exportindustrien in der Butterfrage. Das Abgleiten des englischen Pfundes habe den internationalen Buttermarkt entscheidend getroffen. Eine Lockerung des Schutzes der deutschen Milchwirtschaft würde die internationalen Butterpreise nicht steigern und infolgedessen auch keine neue Kaufkraft für deutsche Industrieprodukte im Ausland. Dagegen würde durch eine solche Maßnahme die deutsche Milchwirtschaft, der Kern der Landwirtschaft und des deutschen Binnenmarktes, völlig zerschlagen werden.

Die Preußenfraktion der N. S. D. A. P.

Der Bericht über die erste Sitzung der Preußenfraktion der N.S.D.A.P.

T.U. **Berlin**, 19. Mai. Ueber die am Donnerstag im Hotel Prinz Albrecht und im Landtag abgehaltene erste Sitzung der neuen preußischen Landtagsfraktion der N.S.D.A.P. gibt die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz einen Bericht heraus, in dem es u. a. heißt: „Adolf Hitler ging auf die aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik ein und führte dann u. a. weiter aus, die nationalsozialistische Bewegung, die heute Deutschland sei und die Zukunft der Nation in Händen halte, wisse, was sie der Geschichte schuldig sei. „Die nationalsozialistische Bewegung hat nicht 13 Jahre gekämpft, um die Politik des heutigen Deutschlands in irgendwelchen Koalitionen fortzusetzen. Sie ist sich der Verantwortung vor ihren 13 Millionen Wählern bewußt, deren Willen es ist, daß es anders wird. Der Kampf wird nicht geführt, um Ministerposten zu besetzen, oder um jeden Preis in eine Regierung einzutreten. Gegenüber den guten Ratschlägen unserer parteipolitischen Gegner ist zu sagen, daß wir eine Instanz zur Prüfung unserer Reigerungswürdigkeit in Deutschland außer uns selbst nicht anerkennen. Wir haben in Preußen heute die stärkste Position inne, die jemals eine Partei gehabt hat. Es gibt in Preußen keine Regierung, die wir nicht wollen. Unsere Preußenfraktion ist im Augenblick eines der stärksten Instrumente der Bewegung. Es ist die Truppe, mit der die Endschlacht geschlagen werden kann. Die N.S.D.A.P. wird ihre Politik nur von eiskalten Ueberlegungen leiten lassen. Die Hoffnung unserer Gegner, daß wir die Nerven verlieren würden, ist trügerisch!"

Hitler schloß mit einem Appell an die Fraktion zu zähester Arbeit und Pflichterfüllung für die Bewegung und damit für die ganze Nation. Er sprach der Fraktion und ihrer Führung sein vollstes Vertrauen aus und verpflichtete jeden einzelnen der nationalsozialistischen Abgeordneten durch Handschlag.

Nach einem Dank des Fraktionsführers Kube verließ Adolf Hitler unter großen Ovationen die Fraktionssitzung, um sich in den Oldenburgischen Wahlkampf zu begeben.

Ueber den zweiten Teil der Fraktionssitzung, die im Preußischen Landtag stattfand, teilt die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz mit, daß der Fraktionsführer, Abg. Kube, die notwendigen Richtlinien und Weisungen für die weitere Arbeit und den Kampf im einzelnen ausgegeben habe.

Erster Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden Kube ist Abg. Lohse, zweiter Stellvertreter Abg. Haake. Die Geschäftsführung der Fraktion liegt in den Händen des Abg. Hinkler-Halle. Dem Vorstand der Fraktion gehört als Mitglied der Reichsleitung der N.S.D.A.P. Oberleutnant a. D. Schulz an.

Die nächste Fraktionssitzung der Nationalsozialisten ist auf den Tag des Zusammentritts des Preußischen Landtags, also den 24. Mai vor der Vollsitzung anberaumt worden.

1,5 bis 2 v. H. Beschäftigungssteuer?

T.U. **Berlin**, 20. Mai. Wie die „D.A.Z." zu den Beratungen des Reichskabinetts zu der Deckungsfrage erfährt, ist geplant, anstelle der Krisensteuer eine allgemeine Beschäftigungssteuer treten zu lassen, für die gegenwärtig ein Durchschnittssatz von 1½ bis 2 v. H. vorgesehen sei. Allerdings solle die zweite Rate der veranlagten Krisensteuer noch bezahlt werden.

Der deutsch-ungarische Handelsvertrag

Der deutsch-ungarische Handelsvertrag vom ungarischen Oberhaus genehmigt.

T.U. **Budapest**, 19. Mai. Das ungarische Oberhaus stimmte am Donnerstag dem deutsch-ungarischen Handelsvertrag, dem französisch-ungarischen Handelsabkommen und dem Bericht des Außenministers über die Regelung der deutsch-ungarischen Handels- und Verkehrsbeziehungen ohne Aussprache zu.

Aus dem Völkerbund

Die hohen Kosten des Völkerbundes. — Aussprache im Völkerbundsrat über Einschränkungsmöglichkeiten.

T.U. **Genf**, 19. Mai. Der Antrag der englischen Regierung auf grundlegende Ersparnismaßnahmen, Herabsetzung der Zahl und der Gehälter der Beamten beim Völkerbund gelangte am Donnerstag im Völkerbundsrat zur Verhandlung. Von französischer Seite sind Versuche im Gange, den englischen Vorstoß unwirksam zu machen und eine jede Herabsetzung der Gehälter der Völkerbundsbeamten zu verhindern. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond hat dem Völkerbundsrat eine Denkschrift eingereicht, die nach ihrer Tendenz sich gegen die Einschränkung des Völkerbundshaushalts und die Herabsetzung der Gehälter der Völkerbundsbeamten ausspricht. Sir Eric Drummond weist darauf hin, daß die außerordentliche Ausdehnung des Aufgabenkreises des Völkerbundes eine Einschränkung des Haushalts unmöglich mache. Die Gehaltsregelung der Beamten sei im Hinblick auf die außerordentliche Teuerung in Genf erfolgt, die bisher noch immer in keiner Weise eine Verminderung erfahren habe. Die Gehälter könnten nicht mit der Gehaltsregelung in den einzelnen Ländern, sondern mit der Besoldung der Diplomaten vergleichen werden.

Der englische Staatssekretär Eden wies darauf hin, daß in England Stimmen der Kritik an der Finanzgebarung des Völkerbundes laut geworden seien. Die englische Regierung sei von der Notwendigkeit weitestgehender Ersparnismaßnahmen durchdrungen, die heute in allen Ländern zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden seien. Eine sofortige Untersuchung der gesamten Personalfrage sei notwendig. Der Völkerbund müsse sich in der Einschränkung seiner Ausgaben, den von sämtlichen Regierungen heute ergriffenen Sparmaßnahmen anpassen. Der Präsident des Kontrollausschusses, Ossucky (Tschechoslowakei), lehnte sodann nachdrücklich die Verantwortung des Kontrollausschusses für die fortgesetzte Ausgabenerhöhung der letzten Jahre ab. Die Regierungen hätten trotz aller Warnungen immer wieder neue Kredite bewilligt, sodaß sie allein die Verantwortung für das außerordentliche Anschwellen der Ausgaben trügen. — Die weitere Aussprache wurde auf Freitag vertagt.

Diesen Fragen wird in allen internationalen Kreisen grundsätzliche Bedeutung beigemessen, da weitgehende Sparmaßnahmen eng mit der gesamten Reorganisation der politischen Leitung des Völkerbundssekretariats zusammenhängen und zwangsläufig zu einer Abschaffung der Generalsekretäre und damit der heutigen englisch-französischen Beherrschung des Völkerbundssekretariats führen müssen. Es erscheint unerläßlich, daß die deutsche Regierung an den Arbeiten des kommenden Sonderausschusses praktischen Anteil nimmt, um von Anfang an die seit Jahren vorgebrachten berechtigten Forderungen Deutschlands auf maßgebende Teilnahme an der politischen Leitung des Völkerbundssekretariats zu sichern.

Danziger Fragen vor dem Völkerbund

Genf, 19. Mai Der Völkerbundsrat hat sich mit den **zwischen Polen und Danzig schwebenden Streitfragen** über den sogenannten **Veredelungsverkehr**, den **Lagerverkehr** und den **Kontingentverkehr** beschäftigt. An den Verhandlungen nahmen der Präsident der Freien Stadt, Dr. Ziehm, und der Völkerbundskommissar von Danzig, Graf Gravina, teil. Der Berichterstatter, der englische Unterstaatssekretär Eden, teilte mit, daß die beiden Parteien einem von ihm ausgearbeiteten **Vorschlag zur Regelung der Streitfragen zugestimmt hätten.** In diesem Vorschlag, der in die Form einer Entschließung des Völkerbundsrates gekleidet ist, wird betont, daß eine Entscheidung der Organe des Völkerbundes über eine „direkte Handlung" nach dem Wortlaut und dem Sinn unmittelbar ausgeführt werden muß. In dem Vorschlag wird weiter festgestellt, daß das polnische Finanzstrafgesetz nicht in einer Weise angewendet werden darf, die die Fragen des Veredelungsverkehrs und des Lagerverkehrs vor ihrer materiellen Erledigung präjudiziert. Polen hat sich bereit erklärt, seinen Einspruch gegen die Entscheidung des Völkerbundskommissars zurückzuziehen. Der Vorschlag wurde vom Völkerbundsrat **einstimmig angenommen.**

An die Annahme der Entschließung schloß sich eine Debatte, in der der Präsident der Freien Stadt, Dr. Ziehm, die **schweren Schäden schilderte, die der Danziger Wirtschaft durch die Maßnahmen der polnischen Regierung zugefügt werden.** Die augenblickliche Lage sei für Danzig wirtschaftlich unerträglich. Man habe der Freien Stadt bei ihrer Loslösung vom Deutschen Reich wegen ihrer wirtschaftlichen Verbindung mit Polen ein wirtschaftliches Blühen verheißen. Die heutige Lage entspreche diesen Verheißungen in keiner Weise.

Der **polnische Außenminister** stimmte der Entschließung zu und gab eine kurze Darstellung der Wirtschaftsbeziehungen vom Standpunkt der Polen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wies der **deutsche Vertreter** im Völkerbundsrat, Botschafter Graf **Welczek**, an Hand eines sehr beweiskräftigen Zahlenmaterials nach, daß die Danziger Ausfuhr nach Polen, wegen der der Konflikt entstanden ist, für die polnische Handelsbilanz praktisch keine Rolle spielt. Es sei nicht zu verkennen, daß die **wirtschaftliche Spannung zwischen Polen und Danzig einen außerordentlich ernsten Charakter habe.** Zum Schluß ergriff der Berichterstatter, Unterstaatssekretär Eden, das Wort zu einer Erklärung, die den Charakter einer Vertrauenskundgebung des Rates für den Grafen Gravina trug.

Von Moskau nach Rom

Türkische Staatsmänner auf einer hochpolitischen Rundreise

Der türkische Ministerpräsident Ismet Pascha und der türkische Außenminister Dr. Tewfik Rudschi Bei treffen in einigen Tagen in Rom zu einem offiziellen Besuch ein. Erst vor wenigen Tagen haben sie Rußland verlassen. Der Weg von Moskau nach Rom ist für die türkischen Staatsmänner ein direkter. Er symbolisiert die türkisch-russisch-italienische Freundschaft, die eine viel zu geringe Beachtung in der Außenwelt findet, obwohl sie einen überaus wichtigen weltpolitischen Faktor darstellt.

Die führenden Politiker der Türkei wurden in Moskau sehr gefeiert. Sie können eines ebenso ehrenvollen Empfanges auch in Rom gewiß sein. Es handelt sich weder im einen noch im anderen Falle um Höflichkeitsbesuche. Weitgehende politische Interessen verbinden die drei Mächte aufs engste miteinander. Je komplizierter die internationale Lage wird, je größer die Möglichkeiten einer kriegerischen Verwicklung, umso herzlicher gestalten sich die Beziehungen zwischen der Türkei, Rußland und Italien.

Das Bündnis Rom—Moskau—Angora wird vielleicht bald eine unmittelbare strategische Bedeutung gewinnen. Der Triumph der Militärkreise in Japan läßt den japanisch-russischen Krieg als eine Frage weniger Monate, wenn nicht gar Wochen erscheinen. Marschiert Japan in Rußland ein, dann wird der Friede an den Westgrenzen Rußlands nicht mehr von Dauer sein. Seit einiger Zeit sind Gerüchte von einem geheimen Kriegsbündnis zwischen Japan und Polen im Gange, Gerüchte, die bisher nicht dementiert worden sind. Die polnische Presse macht kein Hehl daraus, daß die Sache Japans die Sache Polens ist. Ueber beide Länder streckt Frankreich segnend seine Hand. Der russische Riese soll von beiden Seiten angegriffen werden. Polen wird die „Chance" eines japanisch-russischen Krieges kaum vorbeigehen lassen. Da aber Rumänien mit Polen so eng verbunden ist wie kaum zwei andere Länder der Welt, dürfte auch Rumänien an einem Krieg gegen Rußland teilnehmen. Es ist bereits abgemacht, daß Marschall Pilsudski im Kriegsfalle Oberkommandierender der beiden verbündeten Heere sein wird.

Und nun Italien. In einem Krieg der erwähnten Mächte gegen Rußland wird Frankreichs Position ganz eindeutig sein. Ein Sieg Japans, Polens und Rumäniens würde ein Sieg Frankreichs sein. Italien ist eine weitere Befestigung der Stellung Frankreichs in Europa alles andere als erwünscht. Im Augenblick einer kriegerischen Verwicklung im Osten Asiens oder Europas wird der italienisch-französische Gegensatz an Schärfe zunehmen. Es ist müßig, Kombinationen über den militärischen Eingriff Italiens in den Gang der kriegerischen Ereignisse aufzustellen. Aber daß auch in Rom das Bedürfnis vorhanden ist, durch eine persönliche Aussprache mit den befreundeten Staaten den neuesten Verwicklungen Rechnung zu tragen, versteht sich von selbst. Die neue Türkei verfügt über eine Schlüsselstellung im nahen Osten. Sie hat ein gewichtiges Wort im Schwarzen Meer mitzureden, wo Rußland herrscht, und im östlichen Mittelmeer, wo Italien bedeutende Interessen zu verteidigen hat. Das italienisch-russisch-türkische „Dreieck" ist eine weltpolitische Realität erster Ordnung. Der Befestigung aller Teile dieses Dreiecks dient die Reise des türkischen Ministerpräsidenten und des türkischen Außenministers vom Moskau nach Rom.

Parteiverhandlungen im Ruhrbergbau

Essen, 19. Mai. Die heute vormittag unter dem Vorsitz des Schlichters für Westfalen, Professor Dr. Brahn, wieder aufgenommenen Parteiverhandlungen im Ruhrbergbau mußten wiederum abgebrochen werden, da eine Einigung unter den Parteien nicht zu erreichen war. Es wurde unter dem Vorsitz des Schlichters eine kleine Schlichtungskommission gebildet, die ihre Beratungen bereits aufgenommen hat.

Besprechungen Herriots mit Lebrun

Paris, 19. Mai. Die Unterredung, die der Präsident der Republik mit dem Führer der Radikalen Partei, Herriot hatte, galt dem „Echo de Paris" zufolge mehr den außenpolitischen als den innerpolitischen Fragen, in erster Linie der **Abrüstungskonferenz** und dem **Reparationsproblem**. Was die innenpolitische Frage der Bildung des neuen Kabinetts anlange, so beurteile Heriot die Möglichkeit einer **Beteiligung der Sozialisten skeptisch**, habe aber dem Präsidenten der Republik noch keine bindende Antwort geben können. In der kommenden Woche werde Lebrun mit Herriot eine neue, vielleicht entscheidende Besprechung haben. Der Präsident der Republik habe den Wunsch, angesichts der gegenwärtigen außenpolitischen Lage, das Regierungsinterregnum möglichst abzukürzen.

•

Herriot zur Abrüstungsfrage

Paris, 19. Mai. Herriot, der Führer der Radikalen Partei nimmt in der „Ere Nouvelle" zu der letzten Rede Paul Boncours Stellung und unterschreibt dessen Standpunkt in der Abrüstungsfrage: **Sicherheit, Schiedsgerichtsverfahren und Abrüstung seien ein Dreiklang**, der in den Augen der französischen Republik seinen vollen Wert behalte. Wenn man, meint Herriot, den gegenwärtigen Zustand Deutschlands beobachte, so würden patriotische Pazifisten, wie Paul Boncour und er hierin die Schwierigkeit erkennen. Paul Boncour habe zwei **unanfechtbare Grundsätze** aufgestellt: Aufrechterhaltung des französischen Willens zur europäischen Solidarität, 2. des Willens, unantastbare Rechte Frankreichs nicht veräußern und **auf keinen Fall eine Trennung zwischen Frankreichs Gläubigeransprüchen und seinen Schuldenzahlungen vornehmen zu lassen.**

U.S.A. und Lausanne

T.U. **Washington**, 19. Mai. Zu der Meldung einer amerikanischen Nachrichtenagentur, wonach man in amerikanischen Regierungskreisen überzeugt sei, daß in Lausanne voraussichtlich die europäischen Länder ein sechsmonatiges Schuldenmoratorium erklären würden und daß erst im November oder Dezember eine Schuldenregelungskonferenz stattfinden werde, ist festzustellen, daß der Standpunkt der amerikanischen Regierung zur bevorstehenden Lausanner Konferenz unverändert ist. Die vorherrschende Ansicht ist allerdings, daß die Lausanner Konferenz die Unmöglichkeit, die Schuldenzahlungen fortzusetzen, feststellen, aber doch keinerlei Neuregelung für die Zahlungen finden wird. Man hält es für wahrscheinlich, daß die am 15. Juli fälligen Zahlungen irgendwie umgangen werden und die endgültige Zahlungsregelung einer Konferenz mit den Vereinigten Staaten vorbehalten wird. Man bedauert jedoch in unterrichteten Kreisen die Mitteilungen über angebliche Absichten der Vereinigten Staaten in der Schuldenfrage, weil alle Gerüchte hierüber die amerikanische Regierung dazu zwingen, sie zu dementieren. Auch wird durch die Weitergabe derartiger Gerüchte eine etwaige Schwenkung in der Haltung der amerikanischen Regierung erschwert.

Die politische Lage in Japan

Tokio, 19. Mai. (Reuter.) Die Führer der Konservativen und die hohen Offiziere setzten ihre Bemühungen fort, um die durch die Ermordung Inukais geschaffene Krise zu lösen. Die Meldung, nach der Araki und Susuki sich verständigt hätten, ist verfrüht, **da das Heer eine energische Säuberung der Partei und eine Hilfsaktion für die Landwirte und die kleinen Kaufleute verlangt**, während Susuki solche weitgehenden Reformen nicht sofort versprechen kann. Dieser Punkt, der auf den ersten Blick innerpolitischer Natur zu sein scheint, ist von grundlegender Bedeutung. Man darf nicht vergessen, daß das Heer traditionsgemäß den Reichtum verachtet und daß Offiziere wie Soldaten, die aus den Landkreisen stammen, mit den armen Landwirten sympathisieren, die von Steuern zugunsten der Großindustrie und des Großhandels erdrückt werden. Das Heer will also das beseitigen, was es als einen Mißbrauch des Parteisystems betrachtet, und ist der Meinung, daß die Besserung der Lage der landwirtschaftlichen Gemeinden wesentlich ist. Die Politiker aber können sich nicht zu fest in diesem Sinne binden, da ihre Macht in der Hauptsache von dem gegenwärtigen System abhängt, das in enger Verbindung mit den großen Interessen des Handels und der Industrie steht.

Die Verhandlungen über das neue japanische Kabinett. — Die voraussichtliche Ministerliste.

T.U. **Tokio**, 19. Mai. Am Donnerstag fanden bedeutsame Verhandlungen zwischen dem Präsidenten der Seiyukai-Partei (Konservative), Suzuki und dem nationalistischen Kriegsminister Araki, der die Armee vertritt über die Zusammensetzung und das Programm des neuen japanischen Kabinetts statt. Wie verlautet, ist dabei bereits eine Verständigung getroffen worden, sodaß mit der Kabinettsbildung durch Suzuki bereits am Freitag gerechnet wird. Der Kaiser, der den Rücktritt des bisherigen Kabinetts noch nicht angenommen hat, hat sich allerdings noch nicht entschieden. Die maßgebenden Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem „älteren Staatsmann", Prinz Saionji, sollen noch am Donnerstag abend, spätestens aber Freitag morgen stattfinden. Nach Meinung unterrichteter politischer Kreise hat sich Prinz Saionji zu einer weitgehenden Berücksichtigung der Wünsche der Armee, die ein überparteiliches nationales Kabinett fordert, bereit erklärt. Man rechnet allgemein damit, daß Suzuki Ministerpräsident, Joshida, der jetzige japanische Botschafter in Rom, Außenminister, Shoda Finanzminister, General Araki Kriegsminister und Vizeadmiral Suetsugu Marineminister wird. Auch der einflußreiche Führer des japanischen Oberhauses, Prinz Konoye dürfte einen Ministerposten erhalten.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Austritt des Grafen zu Dohne aus der DVP. In einem längeren Schreiben an den Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, hat der Bonner Strafrechtlehrer Professor Dr. Graf zu Dohna seinen Austritt aus der Partei erklärt, weil sie die Mitarbeit an der Regierung abgelehnt habe. Er habe auch die starke Hinneigung der Partei nach rechts nicht gut mitmachen können.

Macdonald nach Schottland abgereist. Premierminister Macdonald ist nach seinem Heimatsort Lossiemouth abgereist. Seine Rückkehr nach London ist für den 13. Juni vorgesehen.

Beisetzung der Opfer des Grubenunglücks. Die bei dem Förderunglück auf Zeche Dorstfeld am vergangenen Samstag ums Leben gekommenen Bergleute sind am Mittwoch beigesetzt worden.

In der Weser ertrunken. Drei halbwüchsige Burschen sprangen in voller Kleidung von der Weserbrücke in den Strom. Während zwei von ihnen das Ufer wieder erreichten, verließen den dritten nach einigen Minuten die Kräfte. Er ertrank. Man vermutet, daß die drei jungen Leute aus Uebermut gehandelt haben.

Wovon man spricht

Bauunglück auf der Transandischen Bahn

Valparaiso, 19. Mai. Auf der Transandischen Bahn ereignete sich nahe der chilenisch-argentinischen Grenze ein furchtbares Unglück, dessen Folgen vorläufig noch nicht abzusehen sind. In der Nähe der Grenze bei Las Raicas wird ein neuer Tunnel gebaut. Ein Teil des Baues ist eingestürzt. Nähere Nachrichten fehlen noch. Fest steht nur, daß **42 Arbeiter**, die an der Einsturzstelle beschäftigt waren, **unter den Trümmern begraben liegen.** Es besteht keine Hoffnung mehr, die 42 Verunglückten zu retten.

70 Opfer der Katastrophe des „Georges Philippar"?

Paris, 18. Mai. Wie Havas aus Aden berichtet, soll sich die Zahl der bei dem Brand des französischen Dampfers „Georges Philippar" vermißten Passagiere auf 70 belaufen.

Neue schwere Verluste in Bombay

Bombay, 18. Mai. Trotz der außerordentlich verschärften Bestimmungen über das Betreten der Straßen nach Einbruch der Dunkelheit kam es wieder zu Zusammenstößen, in deren Verlauf schwere Verluste zu verzeichnen waren. Sie beliefen sich auf 11 Tote und 96 Verletzte, womit die Gesamtzahl der Opfer in fünf Tagen auf **etwa 100 Tote und 950 Verletzte** steigt.

Start des Do. X

Neuyork, 19. Mai. Das deutsche Flugboot Do. X ist Donnerstag früh um 4.05 Uhr vom Flugbasen Curtiesfield nach Harbour Grace (Neufundland) gestartet.

Do X begeistert begrüßt.

T.U. **New-York**, 19. Mai. Zum Empfang des Flugbootes „Do X" hatte sich am Strand der Trinity-Bay eine große Menschenmenge eingefunden, die das Flugboot begeistert begrüßte. Es ist beabsichtigt, den Vollmond auszunützen und den Weiterflug baldigst anzutreten. Die Motoren haben sich bisher ausgezeichnet bewährt.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[12

Hastig griff Ellinor Grey nach einem Sportanzug, nahm ihn heraus.

Plötzlich hielt sie inne.

Was tat sie da? Jetzt war sie schon so weit, sich an fremdem Eigentum zu vergreifen! Wollte Frau Hastings Neffen die Kleider wegnehmen.

Doch es würde nicht anders gehen. Es war Selbsterhaltungstrieb. Nur so würde sie über die Grenze gelangen können.

Ohne weitere Bedenken entledigte sie sich ihrer Frauenkleider, schlüpfte in die weiten Sporthosen, streifte den Pullover über ihre hochgeschlossene Hemdbluse; zuletzt die Jacke. Jetzt war sie fertig.

Prüfend betrachtete sie ihr Spiegelbild. Der Aermel hing wohl etwas breit über die Schulter ... aber sonst ... wenn jetzt noch das Haar ganz glatt aus der Stirn gebürstet wurde ... dann war es recht gut.

Sie ging im Zimmer auf und ab, die Hände in den Jackettaschen vergraben. Sie überlegte.

Jetzt war sie also doch dahingekommen, wo Charlie Hickson sie hatte haben wollen. Ja, nun gab es kein Zurück mehr! Sie mußte als Mann weiterleben.

Und was war weiter dabei? Kam so etwas nicht öfter vor? Erst kürzlich hatte sie in der Zeitung gelesen, daß eine Frau viele Jahrzehnte lang als Mann gelebt hatte. Sie hatte den Krieg mitgemacht, war ausgezeichnet worden. Erst nach ihrem Tode hatte man alles gemerkt.

Was diese Frau fertiggebracht hatte, das würde ihr auch gelingen. Sie mußte nur klug sein und geschickt, und sie durfte sich nicht verraten. Es galt jetzt einfach, ein Abenteurerleben zu beginnen und sich auf irgendeine Weise durchzuschlagen.

War ihre Mutter nicht auch eine Abenteurerin gewesen? Weshalb sollte die Tochter anders sein?

Und doch fühlte sie, daß ihr Innerstes sich gegen all das sträubte, daß das, was kommen mußte, gegen ihre Natur ging. Ihre Mutter, die mochte eine Abenteurerin gewesen sein. Aber sie schien das nicht von ihr geerbt zu haben. In ihr mußten andere Einflüsse zur Geltung kommen; das Blut der Greys, die ehrwürdig waren und bedacht, floß in ihr.

Sie hätte dazu getaugt, einen Mann glücklich zu machen, einem großen Haushalt vorzustehen, viele Kinder zu haben. Zu nichts paßte sie weniger als zu einem abenteuerlichen Leben.

Aber ... sie hatte keine Wahl. Nicht sie selbst war schuld daran, daß sie hinaus mußte ... das Schicksal wollte es nicht anders. Und sie mußte versuchen, dieses Schicksal zu meistern.

Sie holte tief Atem und legte die Hände auf die Brust. Sie fühlte einen harten Gegenstand. Sie griff in die Brusttasche, zog eine Brieftasche heraus.

Das erste, was Ellinor in die Hand fiel, war ein Auslandpaß, auf den Namen Henry Smith. Sie trat nahe an das Licht heran, besah sich das Bild. Ein junger Mensch mit einer schwarz umränderten Brille, dunkles Haar, fünfundzwanzig Jahre alt, stand auf dem Paß.

Mein Gott, das paßte alles für sie. Sie mußte nur noch eine Brille finden. Dann würde sie sicher von dem Paßbild nicht zu unterscheiden sein.

Sie hatte dann wenigstens einen echten Paß, den sie getrost vorzeigen konnte. Charlie Hicksons gefälschten Paß brauchte sie nicht zu verwenden, brauchte nicht zu zittern.

Suchend durchstöberte Ellinor die Schubfächer der Kommode. Da — da lag ein Etui mit einer schwarz umränderten Brille.

Jetzt war alles in Ordnung.

Fast mußte sie lachen, als sie ihr Spiegelbild sah und sich mit dem Paßbild verglich. Täuschend glich sie dem Paßbild, nur, daß dieser Henry ein bißchen vollere Backen hatte. Aber das machte weiter nichts aus.

Jetzt also war sie Henry Smith!

Plötzlich befiel sie eine tiefe Traurigkeit. Sie dachte an Frau Hastings und daran, wie schlecht sie ihre Liebe und ihre Gastlichkeit belohnte. Damit, daß sie ihren Neffen bestahl.

Aber — hatte ihr Mütterchen Hastings nicht selbst zur Flucht geraten? Hatte sie nicht auch gesagt, daß es keinen anderen Weg gab?

Sie gehorchte der dringendsten Not, da durfte man nicht lange überlegen.

Mit einem Male fühlte Ellinor Grey sich der Situation gewachsen. Sie würde als Mann die Flucht wagen, würde zunächst als Mann leben. Später, wenn sie irgendwo festen Fuß gefaßt hatte, in einem fernen Lande, würde sie wieder zu ihrem Frauentum zurückkehren.

Jetzt jedenfalls mußte sie schnell und skrupellos handeln; sie hatte keine andere Wahl.

Hastig riß sie aus Henrys Schrank einen Reisemantel und eine dazu passende Mütze. Sie fand auch einen kleinen Handkoffer, in den sie ihre Kleider hineinstopfte.

So, jetzt war sie bereit.

Leise öffnete Ellinor die Tür, vorsichtig betrat sie den Flur. Sie stellte den Koffer ab.

Einmal noch wollte sie Frau Hastings sehen, ihr Bild mit auf den Weg nehmen.

Mit angehaltenem Atem öffnete sie die Schlafzimmertür und schlich zu Frau Hastings Bett. Sie hörte die ruhigen Atemzüge der alten Dame, die fest zu schlafen schien. Erleichtert atmete Ellinor auf. Jetzt konnte sie beruhigt gehen. Frau Hastings wußte alles und würde ihr verzeihen, daß sie sich an ihres Neffen Kleider vergriffen hatte. Sie würde dem jungen Manne gegenüber die richtige Erklärung finden.

„Leb wohl, du Liebste, Beste, du einziger Mensch, den ich besaß ..."

Ellinor Grey schluckte heftig und mußte sich für einen Moment an der Tischkante festhalten. Da fühlte sie das Geld liegen, das Frau Hastings ihr angeboten hatte.

(Fortsetzung folgt.)